

Belastungen reduzieren – Ressourcen stärken

Zeit zum Handeln

«VBZ-Fahrer kritisieren Arbeitsbedingungen» – kurz vor Weihnachten hat die *Lokalinfo* die Ergebnisse einer aufwendigen Recherche publiziert. Der Stadtrat stehe in der Pflicht, es sei höchste Zeit zu handeln. Die SP-Politikerinnen Simone Brander und Heidi Egger haben zu Jahresbeginn im Gemeinderat Fragen eingereicht. Der VPOD erneuert seine Vorschläge zur Stärkung der Personalpolitik bei den VBZ.

Die Zeitung *Lokalinfo* hat die Arbeitsbedingungen im VBZ-Fahrdienst massiv kritisiert, nachdem sie auf eigene Faust mit gut 50 Fahrdienst-Mitarbeitenden gesprochen hat und anonymisiert zu Wort kommen liess. Zu wenig Personal, pingelige Leistungsbeurteilungen, fehlende Loyalität des Betriebs gegenüber den Mitarbeitenden, lange Präsenz- und Arbeitszeiten, Übermüdung und fehlende finanzielle Anreize, den Beruf als Trampolin oder Busfahrer zu ergreifen und eine längere Zeit auszuüben – die Belastungen sind enorm.

Vor rund zwei Jahren hat der VPOD dem VBZ-Direktor Guido Schoch fünf organisatorische Massnahmen zur Stärkung der Personalpolitik und Verbesserung des Arbeitsklimas vorgeschlagen. «Durch eine 1) Re-Integration der personellen Belange (HR) in die Geschäftsleitung, durch 2) einen beträchtlich geringeren Aufwand und neue Prozesse zur Festlegung der Leistungsbeurteilung, durch 3) die Revision und Anpassung der reglementarischen Vorgaben, welche eine Kompensation des Lohnabbaus bei vielen Mitarbeitenden infolge der revidierten Ausführungsbestimmungen zum Ziel hat, durch 4) eine zurückhaltende Verwendung personalrechtlicher Massnahmen sowie durch 5) eine optimalere Einbindung der Verbände in alle Fragestellungen, welche das Personal betreffen, könnten die VBZ und die Sozialpartner einen wichtigen Beitrag zur signifikanten Verbesserung des Betriebsklimas leisten.»

Die «Kommission der Sozialpartner» hat sich seither achtmal getroffen und die Ergebnisse

der Besprechungen im VBZ-Intranet publiziert. Dabei wurden Themen wie Dienstplanung, Uniformierung, Arbeitszeiten, Belastungen usw. diskutiert. Besonders negativ auf die Arbeitsbedingungen wirkt die Tatsache, dass der Zürcher Verkehrsverbund ZVV den Rahmen-Gesamtarbeitsvertrag für den Nahverkehr nicht anerkennt, den die Sozialpartner 2013 abgeschlossen haben, und die VBZ immer wieder zu Abbau- und Sparmassnahmen beim Personal zwingt – so letztmals im Oktober 2018 (s. Schriftliche Anfrage GR Nr. 2018/454). Dieser Missstand muss 2020 behoben werden, damit sich die Situation verbessern kann. Darin sind sich der VPOD und die VBZ einig.

Der VPOD erneuert in einem ersten Schritt seine Vorschläge zur Stärkung der Personalpolitik und ruft die VBZ-Mitarbeitenden auf, Massnahmen zu diskutieren, vorzuschlagen und einzureichen. Das nächste Treffen der Kommission der Sozialpartner findet voraussichtlich am 6. Februar statt, die Treffen finden quartalsweise statt.

Duri Beer

Mehr Informationen: Schriftliche Anfrage im Gemeinderat 2020/3 und 2018/454
Information zu Vorschlägen an: duri.beer@vpod-zh.ch

Weiterbilden und mitentscheiden

Seit Jahren bildet der VPOD VBZ-Mitarbeitende weiter, damit sie bei den Dienstplänen in ihren Betriebsstätten mitreden und mitentscheiden können. Für VPOD-Mitglieder kostenlos und in der Arbeitszeit – dafür stehen jährlich drei Tage zur Verfügung.

Dienstpläne erstellen (Grundkurs)

Dienstag/Mittwoch, 24./25. März

Einführung ins Arbeitszeitgesetz AZG

Donnerstag, 26. März

Abstimmungsparolen

Abstimmungen vom 9. Februar 2020

Bund

Volksinitiative vom 18. Oktober 2016 «Mehr bezahlbare Wohnungen»

JA

Änderung vom 14. Dezember 2018 des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung)

JA

Kanton Zürich

Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)»

JA

Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle»

NEIN

Missstände in Kitas

Leider keine Ausnahme

Eine Recherche der *Republik* über die Kita-Kette Globegarden rückte kurz vor Weihnachten Missstände in Kitas in den Fokus einer breiten Öffentlichkeit. Weitere Medien griffen das Thema auf, die Entrüstung und die Betroffenheit waren gross. Weniger überrascht sind jene, welche die Kita-Welt kennen. Nun braucht es endlich einen GAV!

Zu jenen, die nicht überrascht waren, gehörten die Fachpersonen aus der Gruppe Trotzphase. Sie sollen hier zuerst zu Wort kommen. In ihrer Stellungnahme verweisen sie darauf, dass Globegarden ganz sicher keine Ausnahme darstellt: «Der finanzielle Druck entsteht auch, jedoch keinesfalls ausschliesslich aus Profitgier, sondern gründet auf der ungenügenden Reglementierung und Unterstützung von Bund und Kantonen. Auch viele non-profit Kitas laufen am Limit und bereits einzelne Absenzen von Betreuenden bringen die Institutionen in Bedrängnis. Profitdenken treibt das Ganze noch auf die Spitze.»

Die Trotzphase spricht aus Erfahrung. Und gerade weil sie aus Erfahrung spricht, richtet sie eine Solidaritätsbotschaft an die Mitarbeiter*innen von Globegarden. Darin heisst es unter anderem: «Unter solchen Bedingungen zu arbeiten fordert unglaublich viel und trotzdem versuchen die Erzieher*innen täglich ihr Bestes für das Wohl der Kinder zu geben! Wir können uns vorstellen, wie schwierig es jetzt sein muss, vor den Eltern professionell Stellung zu beziehen. Wir möchten Euch unseren Dank aussprechen und uns solidarisch zeigen. Zum einen für eure Offenheit und zum anderen wissen wir genau, dass ihr als Arbeitnehmer*innen jetzt an der Front steht.»

Für den VPOD ist klar, nun müssen die Gemeinden, insbesondere die Stadt Zürich aktiv werden. Der zuständige Sozialvorsteher Raphael Golta signalisiert öffentlich Bereitschaft, höhere Kosten mitzufinanzieren, falls sich die Sozialpartner einigen. Der VPOD fordert schon lange, dass Subventionen und Bewilligungen nur an Einrichtungen gegeben werden, welche geregelte, sozialpartnerschaftlich ausgehandelte Arbeitsbedingungen haben. Dazu gehört auch, dass die Frage von Betreuungsschlüsseln und Ausbildungsstandards zusammen mit Vertretungen des Personals diskutiert werden. Wir werden Herrn Golta beim Wort nehmen.

Martina Flühmann

Vollständige Stellungnahme und Solidaritätsbotschaft der Trotzphase unter: <https://trotzphase.ch/campa/trotzphase/>

Artikel im Online-Magazin *Republik*:
<https://www.republik.ch/2019/12/18/die-firma>
<https://www.republik.ch/2019/12/19/da-stehen-die-eltern-in-der-verantwortung>



Bild: Florian Thalman

Missstände in der Kinderbetreuung – Trotzphase und VPOD engagieren sich.

Vernehmlassung Stadt Zürich

Umkleiden im Dienst

Der Stadtrat will in den Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht festlegen, unter welchen Bedingungen und in welcher Art und Weise Umkleidezeit als bezahlte Arbeitszeit gilt. Heute fehle diese Grundlage, was zu einem uneinheitlichen Umgang mit Umkleidezeit innerhalb der Stadt führt.

Bereits heute gibt es in der Stadt Zürich Dienstabteilungen und Berufsgruppen, bei denen das Umkleiden am Arbeitsort in der Arbeitszeit erfolgt. Auch aus Gründen der Rechtsgleichheit sei dementsprechend eine klärende gesetzliche Grundlage für die ganze Stadt zu schaffen.

In einem neuen Artikel 158^{bis} AB PR will der Stadtrat deshalb den Grundsatz festlegen, wonach die Anstellungsinstanzen angemessene Zeitpauschalen festlegen könnten, welche vom Departement genehmigt werden müssten, wenn sich Angestellte am Arbeitsort umkleiden müssen, weil es die Anstellungsinstanz insbesondere aus betrieblichen Gründen oder zum Schutz der Persönlichkeit angeordnet hat. Gerade in den Spitälern oder in den Pflegezentren sei es einem Grossteil des Personals aus hygienischen Gründen nicht erlaubt, den Dienst in den Strassen- bzw. Alltagskleidern anzutreten. Auch bei anderen Tätigkeiten sei es Angestellten objektiv nicht zumutbar, den Arbeitsweg in der Arbeitskleidung im öffentlichen Raum zurückzulegen, insbesondere wenn mit dem Arbeitsprozess regelmässig eine starke Verunreinigung der Kleidung einhergehe. Von einer solchen sei auszu-

gehen, wenn aus objektiver Sicht der Transport im Öffentlichen Verkehr den Angestellten selber und dem Publikum nicht mehr zumutbar sei – so der Stadtrat.

Sei Umkleidezeit als Arbeitszeit zu betrachten, ist grundsätzlich der effektive Zeitbedarf zu berücksichtigen. Es könnten aber auch angemessene Zeitpauschalen festgelegt werden, wo dies als sinnvoll erscheine. Die entsprechenden Ansätze könnten aber nicht nach Belieben festgesetzt werden, sondern sollen angemessen sein. Sie müssen sich am effektiv benötigten, durchschnittlichen Zeitbedarf der jeweiligen Angestelltengruppen fürs Umkleiden und den Weg nach dem Umkleiden zum Einsatzort orientieren, welcher anhand von Testmessungen vor Ort zu ermitteln ist – legt der Stadtrat in den Erwägungen fest.

Der Stadtrat rechnet mit jährlichen Mehrkosten von mehreren Millionen Franken im tiefen zweistelligen Bereich, eine genauere Schätzung sei derzeit nicht möglich und hänge von der Umsetzung in den Dienstabteilungen ab. Dabei sind die Betroffenen und ihre Vertretungen derart einzubeziehen, wie es der Stadtrat in Art. 144 AB PR vorsieht. Durch ein umfassendes Mitwirkungs- und Mitspracherecht. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis zum 18. März.

Duri Beer

Öffentliche Vernehmlassungsvorlage: Stadt Zürich – Stadtratsbeschlüsse – STRB-Nr. 1111/2019
Inputs und Anträge bis 9. März: duri.beer@vpod-zh.ch

Agenda

Dienstag, 3. März, 19 Uhr
VPOD Zürich, Stadt & Institutionen,
Vertrauensleute-Anlass
VPOD, Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

Donnerstag, 5. März, 09.30–17.00 Uhr
Das System der Altersvorsorge der 1. und 2. Säule
Weiterbildung (auf Anmeldung)

Dienstag, 24. März, 16 Uhr
VPOD Zürich, Stadt & Institutionen,
Sektionsvorstand
VPOD, Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich

Donnerstag, 26. März, 13.30–17.00 Uhr
Zu viel Bürokratie – und wer macht die Arbeit in den sozialen Berufen?
Weiterbildung (auf Anmeldung)

Montag, 6. April, 18.15–20.15 Uhr
Gesamtarbeitsvertrag Kinderbetreuung – was bringt er?
Weiterbildung (auf Anmeldung)

Dienstag, 7. April, 9.30–17.00 Uhr
Pensionskasse – wie funktioniert das?
Weiterbildung (auf Anmeldung)

Freitag–Sonntag, 1.–3. Mai
1.-Mai-Fest
Kasernenareal Zürich

Details und weitere Veranstaltungen im Kalender unter zuerich.vpod.ch

Pausen statt Umkleidezeit?

Einige Spitäler versuchen, sich mit einer besseren Pausenregelung aus der Umkleidezeit zu stehlen. Das Personal wehrt sich dagegen.

Mehrere Spitäler im Kanton Zürich versuchen, mit einer verbesserten Regelung der Pausen zu verhindern, dass sie die Umkleidezeit dokumentieren und als Arbeitszeit anrechnen müssen. Zunächst einmal ist festzuhalten, dass dies ein Sieg für den VPOD ist, denn erstens anerkennen die Spitäler damit, dass sie etwas machen müssen und zweitens kommt es dank dem VPOD zu besseren Pausenregelungen. So weit so gut. Aber wir haben auch klar festgehalten, dass eine bessere Pausenregelung kein Ersatz für die Umkleidezeit ist. Auch das Personal selber wehrt sich gegen einen solchen Kuhhandel. Am Universitätsspital Zürich USZ haben die Pflegeangestellten mehrerer Kliniken und Abteilungen Briefe an das HR geschickt, um gegen die Verdichtung der Arbeitszeit, die Kürzung der Weiterbildungszeit usw. zu protestieren. Auch an anderen Spitälern legt das Personal Protest ein, manchmal mit der Personalvertretung (Personalausschuss) zusammen, manchmal an diesem vorbei, wenn dort nichts gemacht wird. In diesen Schreiben an die Spitaldirektion und das HR zeigt sich das Personal «fassungslos», «wütend», «konsterniert», «sprachlos» und «nicht ernst genommen». Und man hält fest: «Umkleidezeit hat nichts mit Kaffeepausen zu tun!» Hier einige Zitate aus solchen Schreiben. Und wir laden alle Spitalangestellten ein, auch bei ihrer Spitaldirektion zu intervenieren und uns

eine Kopie des Schreibens zukommen zu lassen: «Dass wir uns im Spital umziehen müssen, um unseren Beruf ausüben zu können, haben wir uns nicht selber ausgesucht, sondern es ist aus hygienischen Gründen wichtig und auch richtig. Und weil das Umziehen Teil unserer Berufsausübung ist, sollte dieser Teil auch entsprechend abgegolten werden.»

«Eine faire Regelung wären 15 Minuten Pause pro Halbtage für ALLE Angestellten (sofern betrieblich möglich), sowie zusätzlich die Umkleidezeit vor und nach dem Dienst für alle, die sich vor Ort umziehen müssen.»

«Wir von der OP Pflege fühlen uns doppelt benachteiligt und sind mit diesem Vorgehen nicht einverstanden. Mitarbeitende, welche auf Station, im Service, im Restaurant, im Technischen Dienst usw. arbeiten, müssen sich täglich 2 Mal umziehen (vor und nach dem Dienst). Auch für die Mittagspause müssen sie sich nicht erneut umziehen. Wir vom OP-Pflegeteam müssen uns jeden Tag 6 Mal umziehen: vor dem Dienst 2 Mal (1. weiss, 2. grün), für die Mittagspause 2 Mal (von grün auf weiss und nachher wieder von weiss auf grün) und nach dem Dienst nochmals 2 Mal von grün auf weiss und dann privat.»

«Wir beschwerten uns nicht oft, obwohl es – wie Sie sehen – viele Gründe dafür gäbe. Doch Ihr Versuch, die Umkleidezeit als Pause zum Verschwinden zu bringen, ist derart absurd, dass wir jetzt und mit diesem Schreiben für uns und unsere Rechte eintreten.»

Roland Brunner

www.zuerich.vpod.ch

GAV Kinderbetreuung – was bringt er?

Der Kita-Bereich wächst, aber die Arbeitsbedingungen halten nicht mit. Der Ruf nach einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV), wie er beispielsweise im Kanton Waadt besteht, wird daher immer

lauter. Wem nützt ein GAV? Welchen Einfluss hat er auf die Qualität der Kinderbetreuung?

Montag, 6. April, 18.15–20.15 Uhr



Angemessene Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung. Dank GAV?

Bild: Florian Thalmann

Frauenforum Zürich

Nachdem der Frühling 2019 ganz im Zeichen des Frauen*streiks stand, werden wir 2020 daran anknüpfen.

Das Frauenforum VPOD Zürich ist ein Gremium der VPOD Region Zürich, in dem sich interessierte VPOD-Frauen mit gleichstellungspolitischen Themen auseinandersetzen und in die Gewerkschaftsarbeit einbringen.

Das Frauenforum trifft sich ungefähr 6 Mal im Jahr. Es ist offen für alle VPOD-Frauen der VPOD Region Zürich.

Interessierte Frauen melden sich im VPOD-Sekretariat bei Anna-Lea Imbach, anna-lea.imbach@vpod-zh.ch

Nächste Termine

Freitag, 7. Februar

Neujahrsapéro: «Fit mit Wissen zur Altersvorsorge ins neue Jahr»

18 Uhr, Gelber Saal, Volkshaus Zürich

Bist auch du gegen eine Erhöhung des Frauenrentenalters, dir fehlen in Diskussionen aber die Argumente? Du möchtest verstehen, wie die Altersvorsorge grundsätzlich funktioniert und warum die Frauen darin benachteiligt sind?

– Christine Goll, ehemalige Nationalrätin und VPOD-Präsidentin, wird uns auf die Sprünge helfen.

Alle Frauen sind willkommen.

Der Anlass ist für VPOD-Mitglieder und Nichtmitglieder kostenlos.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um Anmeldung: info@vpod-zh.ch

(Betreff: Neujahrs-Apéro), Tel. 044 295 30 00

Montag, 24. Februar

Bastelabend für die gemeinsame Teilnahme an der Frauendemo vom 7. März.

17 bis 20 Uhr, VPOD-Sekretariat Zürich, Birmensdorferstrasse 67

Samstag, 7. März

Gemeinsame Teilnahme an der traditionellen 8.-März-Demo in Zürich

Montag, 16. März

Reguläres Treffen Frauenforum Zürich

18 bis 20 Uhr, VPOD-Sekretariat Zürich, Birmensdorferstrasse 67

Ein Kommentar zum Musikschulgesetz

Mit Kompromissen ...

Der Kantonsrat hat in der Lesung vom 11. November das neue Musikschulgesetz mit 124 zu 43 Stimmen bei 4 Enthaltungen deutlich angenommen. Dabei handelt es sich um den Gegenvorschlag der Kommission für Bildung und Kultur KBIK des Kantonsrates.

Kurz vor Jahresende informierte das Initiativkomitee des Musikschulgesetzes über den Rückzug ihrer Initiative. Die gesetzliche Verankerung der Musikschulen war längst fällig. Sie schützt vor kurzfristiger politischer Willkür und beendet die Wiederkehr der immer neuen Diskussion um die Musikschulen. Die finanzielle Beteiligung des Kantons liegt im Gegenvorschlag jedoch lediglich bei 10%, massiv unter den 20%, die die Initiative vorsah.

Der Gesamteindruck bleibt zwiespältig: Ob die momentan heterogene Situation im Kanton bezüglich Eltern-Tarife und Löhne der Lehrpersonen einheitlicher wird, bleibt abzuwarten. Durch die Plafonierung der Elternbeiträge bei

50% könnte sich sogar eine noch grössere Streuung der Elternbeiträge ergeben, da diese über dem heutigen kantonalen Durchschnitt liegen. Ein Gesetz und das grössere Engagement des Kantons hätten ja eigentlich den Sinn, die Musikschullandschaft mit einem verbindlichen Rahmen zu vereinheitlichen. Mit Blick auf Luzern, wo die Musikschulen 2019 kantonsweit neu aufgestellt wurden und es nun einheitliche Bedingungen gibt, kann man in Zürich von einer verpassten Chance sprechen.

Relativ erschütternd waren denn auch die Diskussionen im Kantonsrat. Es wurde ein Gegensatz zwischen Musikvereinen und Musikschulen konstruiert, der in der Realität so nicht gegeben ist. Angesichts des äusserst moderat und offen formulierten Gesetzestexts war das aggressive Verhalten völlig unverhältnismässig.

Peter Schmidheiny, Vorstand MuV.VPOD

Petition Kinderbetreuung

Wer übernimmt Verantwortung?

Mitte Jahr hatten der VPOD und die Trotzphase gemeinsam die Petition «Weil Kinder mehr Zeit brauchen» eingereicht. Zum Jahresende ist die ernüchternde Antwort der zuständigen Regierungsrätin Silvia Steiner eingetroffen. Obwohl unbestritten ist, dass die Qualität in der familienergänzenden Kinderbetreuung eng mit der Ausbildung und den Arbeitsbedingungen des pädagogischen Personals verknüpft ist, schiebt die Bildungsdirektion die Verantwortung von sich.

Über 3800 Betreuungspersonen und betroffene Eltern hatten die Petition, in welcher die Kita-Mitarbeitenden fordern, dass die Regelung der Arbeitsbedingungen zu den Bewilligungsvoraussetzungen für Kitas gehören soll, unterzeichnet. Die Petition legte dar, weshalb es einen GAV braucht, der u.a. Regelungen zur Vor- und Nachbereitungszeit und zum Betreuungsschlüssel enthält. Nur so kann sichergestellt werden, dass genügend gut ausgebildetes und fair entlohntes Fachpersonal in den Kitas zur Verfügung steht und

dass die Kinder gut betreut und altersgerecht gefördert werden.

Die Antwort der Bildungsdirektion auf die Petition ist ernüchternd: Eine Ergänzung der demnächst in Kraft tretenden Verordnung (V TAK) mit Regelungen zu den Arbeitsbedingungen sei nicht möglich. Punkt. Und dann folgt ein kurzer Exkurs über die Rolle der Arbeitsmarktspektoren und Arbeitsinspektoren – alle männlich – und die Feststellung, dass keine generellen Missstände herrschen würden. Und schliesslich wird den Petitionär*innen noch erklärt, wie ein GAV abgeschlossen und allgemeinverbindlich erklärt werden kann. Die enttäuschende Antwort kommt wenig überraschend. Offensichtlich ist die Bildungsdirektion nicht gewillt, im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung wirklich Verantwortung zu übernehmen. Welch fatale Folgen dies für die Kita-Mitarbeitenden und die Kinder haben kann, zeigt beispielsweise der Artikel der *Republik* über die Kita-Kette Globegarden.

Florian Thalmann/Martina Flühmann

VPOD-Lehrberufe für Kindergartenstufe

8500 Unterschriften für Lohnklasse 19

Über 8500 Personen haben die Petition der Gewerkschaft VPOD Lehrberufe für die Lohnklasse 19 unterschrieben. Gemeinsam mit rund 50 anwesenden Lehrpersonen wurde diese im Dezember einer Delegation des Kantonsrates überreicht.

Die Bildungsdirektion hat angekündigt, in Zukunft die Kindergartenlehrpersonen analog den Primarlehrpersonen in die Lohnklasse 19 einzustufen. Aber: Rund 80% aller Lehrpersonen, die jetzt auf der Kindergartenstufe unterrichten, werden von der überfälligen Lohnanpassung ausgeschlossen. Die langjährigen und erfahrenen KollegInnen mit seminaristischer Ausbildung oder mit einem Bachelor Kindergartenstufe bleiben auf der Stufe 18. Eine Stufe tiefer als die Primarlehrpersonen und neu auch tiefer als ihre ArbeitskollegInnen auf der gleichen Stufe.

Die Gewerkschaft VPOD Lehrberufe forderte deshalb in einer Petition die Lohnklasse 19 für

alle auf der Kindergartenstufe. In nur zwei Monaten sind aus unzähligen Schulstufen und Schulgemeinden über 8500 Unterschriften eingegangen. Mit einer Aktion wurde die Petition vor dem Rathaus überreicht. Der VPOD verteilte den KantonsrätInnen ein Flugblatt und ein halbes Weihnachtsguetli. Die Forderung: Keine halben Sachen – Lohnklasse 19 für alle.

Sophie Blaser, Kindergartenlehrerin und VPOD-Mitglied zeigte sich in einer Ansprache an die Menge empört: «In meinem Berufsalltag profitiere ich von der Erfahrung meiner älteren Kolleginnen. Ich will die Lohnklasse 19 ohne Wenn und Aber für alle Kolleginnen, weil es schliesslich die gleiche Arbeit ist.»

Die grosse Unterstützung der Petition zeigt, dass dieses Anliegen breit abgestützt ist. Es wird Zeit, dass der Kantonsrat und die Bildungsdirektion endlich den Befreiungsschlag wagen und für faire Löhne sorgen.

Fabio Höhener